

EU-GIPFEL

Der Gipfel der Verschiebung



Auch nach innen sichert sich die EU ab. 10.000 PolizistInnen sorgten während dem Gipfel in Sevilla für Ruhe und Ordnung.

(Foto: Epa)

Fast schon ein Ritual: Drinnen wird über die weitere Abschottung der Europäischen Union gegen "illegale Zuwanderer" gebrütet, draußen für das andere Europa demonstriert. Konkret beschlossen wurde wenig, auf diesem EU-Gipfel in Sevilla.

Der Aufwand war groß, der Effekt umso geringer. 10.000 Polizisten wurden zum Schutz des EU-Gipfels in der südspanischen Stadt Sevilla aufgeboten. An den Grenzen wurden Globalisierungskritiker zurückgewiesen, die beiden portugiesischen Parlamentarier Francisco Louza und Miguel Portas vom Block der Linken (BE) bei ihrem Einreiseversuch mit Schlagstöcken traktiert. Bei Straßenkontrollen in ganz Spanien beschlagnahmten und zerstörten Polizeibeamte Transparente gegen den EU-Gipfel.

Schnellrichter standen in Sevilla bereit, alle Zufahrten in die Stadt waren blockiert, Durchlass gab es nur nach einer Ausweiskontrolle oder, wenn es den Uniformierten beliebte, überhaupt nicht. Die Demonstrationsroute war von den Behörden verlegt worden, damit sie nicht durch die historische Altstadt führte. Sogar "die Herstellung, der Verkauf oder der Transport von Benzin und Feuerwerkskörpern" blieben am Freitag und Samstag in Sevilla per Dekret untersagt.

Der Gipfel von Sevilla hatte der großartige Abschluss der sechsmonatigen EU-Präsidentschaft Spaniens werden sollen. Bevor Dänemark Anfang nächster Woche die Nachfolge antritt, wollte die konservative Regierung Aznar schnell noch Akzente setzen: mit der Abschottung

der Festung Europa und mit Sanktionen gegen Drittländer, die diese Politik nicht aktiv unterstützen. Die Agrarzuschüsse sollten geprüft und eventuell sogar abgeschafft werden, bevor die östlichen Beitrittskandidaten davon profitieren können. Und der Beitritt der Türkei sollte erörtert werden.

Schärfere Kontrollen an den Festungsmauern

Das wegweisende Treffen der 15 Regierungschefs erwies sich letztlich jedoch lediglich als ein Verschiebegipfel, bei dem nicht viel mehr herauskam als der gemeinsame Wunsch nach Abschottung. Es sei "von entscheidender Bedeutung, dass die Migrationsströme nach Europa unter Kontrolle gehalten werden", heißt es in der Abschlusserklärung. Wenige rein, viele raus - so die gemeinsame Position der Mitgliedschaftsstaaten. Mit Rückführungsprogrammen will die EU bereits in der Union lebende Ausländer loswerden, und die politische Nötigung außereuropäischer Staaten soll verhindern, dass neue Migranten kommen.

Wer die Grenzen zu Europas Festung nicht abdichtet oder seine Staatsbürger nicht zurücknehmen möchte, dem drohen künftig Konsequenzen. Ginge es nach Italien, Großbritannien, Dä-

nemark, Spanien, Österreich und Deutschland, dann könnten sogar Sanktionen möglich sein, die Sperrung der Entwicklungshilfe zum Beispiel. Noch aber ist es in der Europäischen Union nicht so weit, dass alle Regierungen als Reaktion auf Wahlerfolge rechtsextremer Parteien gleich deren Forderungen übernehmen wollen. Frankreich, Belgien, Schweden und Finnland forderten einen "humanen" Ansatz. Mehrheitsfähig freilich war das nicht. Und so einigten sich die EU-Staaten auf einen Kompromiss, dessen "humane" Komponente darin besteht, das Wort Sanktionen zu vermeiden, sie allerdings trotzdem zu ermöglichen.

"Eine unzureichende Zusammenarbeit eines Landes könnte einer Intensivierung der Beziehungen zwischen dem betreffenden Land und der Union abträglich sein", heißt es in dem verabschiedeten Beschluss. Die Union müsse dabei "alle geeigneten Instrumente im Rahmen der Außenbeziehungen" einsetzen, um Drittstaaten zur Kooperation zu bewegen. Kaum verabschiedet, wertete die Achse der Hardliner den vermeintlichen Kompromiss als Erfolg ihrer Linie. Bundeskanzler Schröder sah sich bestätigt und drohte anschließend den Herkunfts- und Drittländern offen mit Konsequenzen.

Die Verständigung auf die Abschottung nach außen ist wohl der einzige Erfolg, den Ministerpräsident Aznar beim Gipfel für sich verbuchen konnte. Schon vor dem Treffen in Sevilla wirkte die konservative Regierung alles andere als souverän. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften des Landes hatten ihr den Auftakt vermießt. Ein Generalstreik legte am Tag vor dem Beginn des Gipfels das Land lahm, vor allem im Bereich des Verkehrs. Viele Züge und Flugzeuge blieben stehen, nur die gesetzlich vorgeschriebene Mindestversorgung wurde von den Gewerkschaften aufrechterhalten. Die Regierungschefs mussten sich folglich genau überlegen, wann und wie sie die Reise nach Sevilla antreten, die meisten kamen erst Freitag früh.

Heterogener Gipfelprotest

Für Aznar war es ein deutlicher Affront der Gewerkschaften. Just am Tag vor dem Gipfelbeginn mit einem Generalstreik gegen die Verschlechterung des Kündigungsschutzes und der Arbeitslosenbeihilfe zu protestieren, diene vor allem dazu, "dem Ansehen Spaniens in Europa" zu schaden, so Aznar. Na und, dachten sich wohl die Gewerkschaften und behielten den Termin bei. Für sie gibt es schließ-

lich Schlimmeres als einen Generalstreik, der auch im Ausland wahrgenommen wird.

Auch die Globalisierungskritiker ergriffen die Gelegenheit, für ihre Anliegen zu demonstrieren. Immerhin 250.000 Menschen sollen nach Angaben der Veranstalter an der Großdemonstration "für ein anderes Europa und eine demokratischere und gerechtere Welt" teilgenommen haben. Die Polizei sprach von 80.000 Teilnehmern.

"Kein Mensch ist illegal", lautete eine der Hauptlosungen, die Solidarität mit etwa 400 hungerstreikenden Migranten in der Universität von Sevilla stand ganz oben auf der Liste der politischen Forderungen. Doch in einer solch großen Bewegung sind freilich nicht alle einer Meinung. So feierte es ein Sprecher des Gegengipfels bereits als Erfolg, dass im EU-Beschluss zur Bekämpfung der Immigration das Wort "Sanktionen" nicht vorkommt.

Die im Sozialforum Sevilla zusammengeschlossenen Initiatoren betonten, wie "friedlich" ihr Protest und wie "unnützlich" das große Polizeiaufgebot gewesen sei. Die wenigen gewaltbereiten EU-Gegner seien schließlich erfolgreich aus dem Demozug ausgestoßen worden. Die Betonung der eigenen Friedfertigkeit und der Wille zur Reformpolitik dürfte vor allem die spanische Regierung geärgert haben. Seit über einem Jahr versucht sie Globalisierungskritiker unter den Generalverdacht des Terrorismus zu stellen. Beim Gipfel in Sevilla bot die baskische Terrororganisation Eta dazu eigentlich einen hervorragenden Anlass. Ihren Protest drückten die Separatisten mit fünf Bombenanschlägen in nur zwei Tagen aus. Touristenhotels in Südspanien und ein Kaufhaus im Norden des Landes waren diesmal ihre Ziele. Insgesamt gab es dabei zwölf Verletzte.

Ein Zusammenhang zu den Globalisierungskritikern scheint jedoch schwer konstruierbar. Obwohl die Eta nicht isoliert ist. Bei der Großdemo in Sevilla stand auf einem Transparent in baskischer Sprache die Parole: "Globale Intifada gegen den Kapitalismus".

Dirk Hempel